

EnBW-Ausschuss: Grüne rügen Mappus' Anwalt

Atmosphäre immer giftiger

STUTTGART. Die Grünen im EnBW-Untersuchungsausschuss werfen dem neuen Anwalt von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) vor, die Arbeit des Gremiums behindern zu wollen. „Wir weisen die Versuche von Prof. Bernd Schünemann zurück, nach mehr als zwei Jahren Arbeit den Ausschuss unter Druck zu setzen und damit auszubremsten“, sagte der Grünen-Obmann Uli Sckerl in Stuttgart.

Schünemanns jüngste Forderung, Einsicht in die Akten zu erhalten, die der Ausschuss insgesamt für seine Untersuchungstätigkeit zur Verfügung gestellt bekam, sei nichts als „heiße Luft“. Denn Mappus habe mit seinem sogenannten Betroffenen-Status, den ihm der Ausschuss kürzlich eingeräumt hatte, keinen Anspruch auf Akteneinsicht, sagte Sckerl. Das sehe das Untersuchungsgesetz nicht vor.

Nach Überzeugung Sckerls geht es den Anwälten in erster Linie darum, ihren Mandanten als Opfer von Staatsanwaltschaft und Ausschuss zu inszenieren: „Das ist aber ein sehr durchsichtiges Manöver.“ Mappus könne als Beschuldigter im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bereits umfassend Einsicht in alle Akten nehmen.

Verdacht auf Untreue

Gegen Mappus ermittelt die Behörde wegen Untreueverdachts. Er hatte 2010 ein EnBW-Aktienpaket für 4,7 Milliarden Euro von dem französischen EDF-Konzern erworben; aus Sicht von Grün-Rot bezahlte Mappus 834 Millionen Euro zu viel.

Sckerl wies auch die Klage Schünemanns zurück. Mappus werde in seinen Rechten beschneidet, weil er nur einen Teil der Ausschussunterlagen erhalten habe. „Die Landtagsverwaltung hat nachgewiesen, dass Mappus alle ihm zustehenden Protokolle über die Beweiserhebungen des Ausschusses längst zugegangen sind.“ Lediglich Protokolle aus nichtöffentlichen Sitzungen habe Schünemann nicht erhalten, wenn es darin ausschließlich um Verfahrensfragen gegangen sei. „Auf diese wenigen Protokolle aber hat der Anwalt gar keinen Anspruch.“ lsw



Wird Stefan Mappus als Opfer der Staatsanwaltschaft stilisiert? BILD: DPA

Einstein-Verwandte

Nazi-Morde bleiben ungesühnt

FRANKENTHAL. Der Nazi-Mord an Angehörigen des Nobelpreisträgers Albert Einstein vor 70 Jahren in Italien bleibt ungesühnt. Die Ermittlungen seien nach sehr umfangreichen Recherchen eingestellt worden, teilte die Staatsanwaltschaft Frankenthal gestern mit. Die Tat gehe wahrscheinlich auf das Konto von Angehörigen einer deutschen Fallschirm-Sturmgeschütz-Brigade. Die wenigen ehemaligen Soldaten dieser Sondereinheit, die noch lebten, schieden als potenzielle Täter aus. Die anderen Angehörigen der Einheit, darunter auch der Kommandant, seien bereits gestorben. Am 3. August 1944 waren deutsche Soldaten in Rignano sull'Arno bei Florenz in das Haus von Robert Einstein eingedrungen. lrs

Gemeinschaftsschulen: Stoch genehmigt 81 neue Standorte / Minister spannt Elternvertreter und Schulleiter für Werbetour ein

Weiter Streit in der Schulpolitik

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART/MANNHEIM. Nach den Sommerferien wird es in Baden-Württemberg über 200 Gemeinschaftsschulen geben. Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat jetzt 81 weitere Standorte genehmigt. „Im dritten Jahr nach der Einführung der neuen Schulart entwickelt sich damit ein flächendeckendes Netz“, freut sich der SPD-Politiker.

Allerdings sind die Maschen des Netzes unterschiedlich eng geknüpft. In Mannheim zum Beispiel bleibt es bei der schon bestehenden Gemeinschaftsschule. Im Rhein-Neckar-Kreis wurden der Realschule Schwetzingen sowie den Werkrealschulen Eppelheim und St. Leon-Rot die Umwandlung genehmigt. Während es im Neckar-Odenwald-Kreis bei den beiden vorhandenen Gemeinschaftsschulen bleibt, kommen im Main-Tauber-Kreis Wertheim und Lauda neu dazu.

„Es gibt regionale Unterschiede“, räumt Stoch ein. Zur Erklärung weist er auf die „unterschiedliche Beratungspraxis der Schulämter“ und auf die beginnende regionale Schulplanung. „Man kann es nicht von oben verordnen“, betont der SPD-Minister. Ausführlicher beschreibt er, dass 21 der 81 Anträge aus Gemeinden mit einem CDU-Bürgermeister kamen. „Es darf nicht um Parteipolitik gehen“, betont er. Es sei schade, dass sich die „Landes-CDU daran kein Beispiel nimmt“. Die Landtagsopposition misshandelt mit ihren ständigen Angriffen gegen die neue Schulart das Engagement von Lehrern und Eltern. Stoch: „Das halte ich für untragbar.“

Realschulen als Zankapfel

Im Zentrum des politischen Streits stehen jetzt die Realschulen. Zwölf von landesweit 400 wandeln sich im Sommer zu Gemeinschaftsschulen um, die Kinder unterschiedlicher Leistungsstärke zusammen in einer Lerngruppe unterrichten. Stoch erwartet, dass „weitere Realschulen diesen Weg gehen“.

Das hält CDU-Bildungsexperte Georg Wacker für „reines Wunschdenken“. Trotz der „deutlich üppigeren Ressourcenausstattung für die Gemeinschaftsschulen“, hätten gerade einmal drei Prozent der Realschulen die Umwandlung beantragt. Grün-Rot versuche „mit der Brechstange“ die Gemeinschaftsschule durchzusetzen. Er fordert, dass die



Im Rahmen seiner Werbetour für die Gemeinschaftsschulen besuchte Kultusminister Andreas Stoch (SPD) die Drais-Schule in Karlsruhe. Die war eine der ersten Realschulen, die sich auf den von Grün-Rot vorgeschlagenen Weg machten. BILD: DPA

Gemeinschaftsschulen auf dem Vormarsch

■ Begonnen hat die grün-rote Landesregierung im Schuljahr 2012/13 mit 41 Gemeinschaftsschulen. Im laufenden Bildungsjahr kamen 87 weitere Standorte dazu.

■ Für die jetzt von Kultusminister Andreas Stoch genehmigte dritte Tranche gelten strengere Maßstäbe. Auf der Basis von Prognosen müssen die Gemeinden in ihren Anträgen nachweisen, dass auch mittelfristig 40 Anmeldungen für die fünften Klassen zu erwarten sind. Die „stabile

Zweizügigkeit“ soll auf Dauer ein hochwertiges Bildungsangebot sichern. 20 Anträge wurden abgelehnt, weil die vorgeschriebene Schülerzahl nicht gesichert erschien.

■ Als zentrales Erfolgskriterium für das individualisierte Lernen in Gemeinschaftsschulen gilt die Durchmischung der Lerngruppen. Vor allem deshalb hat Stoch kürzlich bedauert, dass nur zehn Prozent der Fünftklässler eine Gymnasialempfehlung hatten. pre

Realschulen bei der Lehrerausstattung gleichgestellt werden.

Florian Nohl, der Rektor der Realschule Schwetzingen, hält die Gemeinschaftsschule für den richtigen Weg. Er weist darauf, dass die Leistungsbreite der Schüler größer werde und die Realschulen darauf eine Antwort geben müssten. Jeder

Zehnte der Fünftklässler seiner Schule habe eine Gymnasialempfehlung. Auch für diese Gruppe sei ein gutes Angebot notwendig, sagt Nohl. Die Lehrer würden dafür in Kauf nehmen, dass sie länger an der Schule bleiben müssten. Denn die Realschule in Schwetzingen wird nach den Sommerferien an drei Tagen Ganz-

tagesunterricht anbieten. Nohl rechnet mit zusätzlichen Anmeldungen.

Neben Nohl bot Stoch zur Unterstützung seiner politischen Linie mit Michael Ebert auch einen Elternvertreter auf, dessen Sohn in Schwetzingen (Kreis Ludwigsburg) eine Gemeinschaftsschule besucht. Besonders der ganztägige Unterricht solle für entspanntes Lernen. „Wir wollen, dass unser Sohn Spaß an der Schule hat“, sagt Ebert. Nach einem halben Jahr habe die Familie die Entscheidung noch nicht bereut, obwohl der Sohn auch ans Gymnasium hätte wechseln können.

Gymnasien verweigern Grün-Rot bisher komplett die Gefolgschaft. „Das ist kein Wermutstropfen“, sagt Stoch. Dagegen spricht FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke von einer „herben Schlappe“. Trotz des „enormen Drucks“ der grün-roten Regierung seien nur zwölf Realschulen und kein Gymnasium bereit, sich zur Gemeinschaftsschule umzuwandeln.

IN KÜRZE

Rückbaupläne ausgelegt

MÜLHEIM-KÄRLICH. Vor dem geplanten Rückbau radioaktiv besonders stark belasteter Elemente des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich werden Unterlagen dazu öffentlich ausgelegt. Wie die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) gestern in Mainz mitteilte, können relevante Papiere zur sogenannten Abbauphase 2b vom 18. Februar bis einschließlich 17. April eingesehen werden. Betroffen seien Anlagenteile, die mehr als 90 Prozent der gesamten vorhandenen Radioaktivität enthielten. lrs

Fall Tebartz noch offen

LIMBURG. Im „Fall Tebartz“ hat die Staatsanwaltschaft Limburg noch keine Entscheidung getroffen. Man wolle den Bericht der Prüfkommision der Bischofskonferenz abwarten – „sofern er zeitnah vorliegt“, sagte gestern ein Justizsprecher. Der „Spiegel“ hatte geschrieben, der Bericht der Kommission zur Kostenexplosion am Limburger Bischofsitz belaste Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst schwer. Es seien Beweise gefunden worden, die zu einem Verfahren gegen den Kirchenmann führen könnten. lrs

AUFGELESEN

Im Internet hat eine politische Gruppe namens „Heilbronner Konditorei für konsequente Aufklärung“ die Verantwortung für die Torten-Attacke auf Innenminister Reinhold Gall (SPD) übernommen. Das Landeskriminalamt prüfe diesen Hinweis, sagte gestern ein LKA-Sprecher in Stuttgart. Die Gruppe sei den Behörden bislang nicht aufgefallen. Auf einer Seite im Internet fordern die mutmaßlichen Drahtzieher der Attacke, einen Untersuchungsausschuss zum rechtsterroristischen NSU im Landtag einzurichten. lsw

Zeuge entlastet Deubel

KOBLENZ. Ein Zeuge hat im Nürburgring-Untreueverfahren den angeklagten ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) entlastet. Deubel sei seinerzeit nicht nach außen für die Nürburgring GmbH aufgetreten, sagte gestern ein damals für den Betrieb der Ring-Anlagen zuständiger Mitarbeiter der Nürburgring GmbH als Zeuge vor dem Landgericht Koblenz. Er arbeitet heute für die Ring-Betriebsgesellschaft und war auf Antrag von Deubels Verteidigung geladen worden. lrs

Wissenschaft: Regalweise Familiengeschichten

Spezialarchiv nach Koblenz umgezogen

Von dpa-Korrespondent
Christian Schultz

KOBLENZ. Vorsichtig zieht Lars Jendral ein vergilbtes Buch aus einem Regal. Der Ledereinband ist abgegriffen. „Die Hoheit des Deutschen Reichs-Adels“ steht darauf, es stammt aus dem Jahr 1729. Das kostbare Stück ist Teil der genealogischen Fachbibliothek der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Die ist seit kurzem in der rheinischen Landesbibliothek in Koblenz untergebracht, die Jendral leitet. Etwa 15 000 Bände rund um das Thema Familienkunde wurden von Schloss Augustusburg im nordrhein-westfälischen Brühl, dem früheren Domizil der Sammlung, in den Zweckbau neben dem Koblenzer Hauptbahnhof geschafft.

In Brühl waren die Bücher gemeinsam mit dem Personenstandsarchiv von NRW untergebracht, das unter anderem Kirchenbücher und Amtsregister umfasst. Dieses Archiv zieht nach Duisburg um, und dort wären die Monografien der Gesellschaft für Familienkunde nicht mehr ausleihbar gewesen, wie der Vorsitzende Volker Thorey erklärt.

„Wir sind eine der wenigen Bibliotheken mit Platz“, bestätigt Jendral. Die Sammlung werde hier an die Fernleihe angeschlossen und da-

mit für Interessierte wesentlich leichter zugänglich. Und noch etwas sprach laut Jendral für Koblenz. Hier ist das rheinland-pfälzische Personenstandsarchiv, wie sein Pendant aus dem nördlichen Nachbarland eine Sammlung personenbezogener Daten mit Registern aus dem ganzen Land.

Schon im Juli 2013 trafen die ersten Stücke aus Brühl in Koblenz ein. Eines von ihnen heißt „Die Einwohner von Saarwellingen vor 1897“, ein anderes „Lauterbach in Hessen“, ein anderes „Wappen und Genealogien Dürerer Familien“. Ein Stück weiter steht ein Adressbuch Kölns von 1915. Auch Handschriften und Abschriften von Trauregistern sind darunter. „Da sind Unikate dabei“, schwärmt Thorey.

Private Nutzer

Für die Landesbibliothek mit ihren insgesamt rund 650 000 Medienobjekten bedeutet der Umzug eine Menge Arbeit. „Es ist auch untypisches Bibliotheksgut dabei“, sagt Barbara Koelges, in Koblenz für den Altbestand zuständig. Fragt sich, wer solche Dinge nutzt. „Das sind im Wesentlichen Privatleute“, erklärt Thorey, die ihre Familienhistorie beleuchteten. Es gebe aber auch Wissenschaftler, die sich beruflich damit befassen.

Rechtsterror: LKA listet 52 Personen aus Baden-Württemberg mit Kontakten zum NSU auf

„Kiesewetter ein Zufallsopfer“

STUTTGART/HEILBRONN. Die NSU-Terroristen haben die in Heilbronn getötete Polizistin Michèle Kiesewetter als reines Zufallsopfer ausgewählt. Diese Einschätzung bekräftigen die Ermittler des Landeskriminalamtes (LKA) in einer umfangreichen Untersuchung der Kontakte und Aktivitäten des Terrortrios Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Baden-Württemberg.

„Die Tat hat sich gegen Zufallsopfer gerichtet, die als Vertreter des vom NSU gehassten Staates angegriffen wurden“, heißt es zu den Schüssen auf Kiesewetter und ihren damals schwer verletzten Kollegen. Die umfangreichen Ermittlungen hätten keinerlei Vorbeziehungen zwischen den Terroristen und den Polizisten ergeben. Zum eigentlichen Tathergang hat das LKA in seiner Aufarbeitung „keine weiteren belastbaren Erkenntnisse“ gefunden. Die Motivlage im Polizistenmord biete aber „weiterhin Raum für Spekulationen“. Zudem würden Erkenntnisse über die Abläufe direkt vor und nach den Schüssen auf der Heilbronner Theresienwiese fehlen.

52 Personen aus Baden-Württemberg mit Beziehungen zum NSU-Komplex haben die LKA-Ermittler identifiziert. Direkte Kontakte zum Trio hätten davon 23 gehabt, 29 Personen kannten Unterstützer der Drei. Baden-Württemberg bilde einen „Schwerpunkt der persönli-



In diesem Dienstwagen starb die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007. BILD: DPA

chen Kontakte“ von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Bis zu 30 Besuche könnte es zwischen 1993 und 2001 gegeben haben, heißt es im Bericht. „Konkretisieren“ ließen sich aber nur acht. Die meisten Besuche habe es in Ludwigsburg gegeben. Die im Umfeld befragten Zeugen hätten den Umgang als von „szene-typischer Natur“ beschrieben.

LKA bestreitet eigene Fehler

169 Seiten hat der Sonderbericht, den Innenminister Reinhold Gall (SPD) an diesem Mittwoch im Innenausschuss vorstellen will. Das Ergebnis des lange Zeit für die Aufklärung des Polizistenmordes zuständigen LKA steht schon fest. „Organisatorische, grundsätzliche und strukturelle Fehler bei den kriminalpolizeilichen Ermittlungen in Baden-Württemberg waren nicht fest-

stellbar“, heißt es in der „wertenden Gesamtschau“. Das sehen Anwälte der Nebenkläger im Münchner NSU-Prozess durchaus anders.

Das LKA weist auch den Vorwurf zurück, man habe nach dem Heilbronner Mord in diskriminierender Weise gegen Sinti und Roma ermittelt. „Mitnichten“ hätten sich die Ermittlungen nach Gruppenzugehörigkeit einzelner Personen gerichtet. Im Prozess wurden Vermerke bekannt, in denen von „Zigeunern“ und „Negern“ die Rede war.

Im Innenausschuss geht es um die Frage, ob der Landtag einen Untersuchungsausschuss einsetzt. Die Jusos fordern dies zum Beispiel. Im Parlament herrscht große Skepsis. Alle vorhandenen Akten, so heißt es, seien bereits vom NSU-Ausschuss des Bundestages und der Bundesanwaltschaft ausgewertet. pre